

«Lasst euch nicht provozieren, und haltet Ausschau nach Gleichgesinnten»

Wenn sich Trumps Wirtschaftspolitik nicht ändere, sei der Status des Dollars in Gefahr und könne es gar zu einer globalen Finanzkrise kommen, sagt der führende amerikanische Ökonom Barry Eichengreen im Gespräch mit Peter A. Fischer und Thomas Fuster

Herr Eichengreen, in einem Buch schrieben Sie vor 14 Jahren, dass nicht China den Dollar zum Absturz bringen könnte, sondern nur Misswirtschaft in den USA. Ist dieses Dollar-Crash-Szenario mit der neuen Trump-Regierung nun wahrscheinlicher geworden?

Leider ja. Die Regierung hat erhebliche Zweifel an der globalen Rolle des Dollars geweckt. Die Unabhängigkeit der Notenbank wird infrage gestellt, und es gibt Überlegungen, den Dollar gezielt zu schwächen, was den Wert international gehaltener US-Staatsanleihen senken würde. Auch die Idee, bestehende Anleihen in extrem langfristige Papiere mit künstlich niedrigem Zins umzuwandeln, wurde angedeutet. Das senkt das Vertrauen anderer Länder in die USA als verlässlichen Partner – und damit die Bereitschaft, Dollar zu halten.

Noch sehen wir keinen Crash des Dollars. Nein, weil es noch keine Alternative zum Dollar gibt. Der Euro ist für den Rest der Welt keine, weil aus regulatorischen Gründen so viele in Euro denominierte Anleihen von Europas eigenen Banken gehalten werden. Der chinesische Yuan hat global nur wenig Gewicht. Attraktive Alternativen wie der australische oder der kanadische Dollar, die dänische oder die norwegische Krone oder der Schweizer Franken stammen zwar aus stabilen Ländern mit gut geführten Zentralbanken. Sie reichen mengenmässig aber bei weitem nicht aus, um den Dollar zu ersetzen. Die Politik von Donald Trump führt jetzt jedoch dazu, dass Zentralbanken und Investoren verstärkt nach Alternativen suchen. Deshalb steigt auch der Goldpreis.

Herausragende Stimme der Vernunft

phi. · Barry Eichengreen forscht und lehrt seit 1987 an der amerikanischen Universität UC Berkeley. Der Ökonom und Wirtschaftshistoriker hat sich intensiv mit der Entwicklung des internationalen Finanzsystems, den grossen Finanzkrisen und den Veränderungen im Währungsegefüge befasst. Nebst Forschungsarbeiten sind daraus mehrere Bücher entstanden, darunter das bereits 2011 erschienene «Exorbitant Privilege: The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System». Die Europäische Währungsunion kritisierte Eichengreen einst als politische Fehlkonstruktion. Doch ihre Rückabwicklung hält er jetzt für zu kostspielig. Nun fürchtet er um den Dollar. Immer wieder berät Eichengreen internationale Organisationen, Zentralbanken und Regierungen rund um die Welt. Der 1979 an der Yale University promovierte Eichengreen ist Träger zahlreicher Auszeichnungen, Research Associate des amerikanischen National Bureau of Economic Research und Research Fellow des europäischen Center for Economic Policy Research.

Dann könnte auch der Schweizerfranken wieder unter starken Aufwertungsdruck geraten. Das ist ein anderes Element des Schadens, den die gegenwärtige amerikanische Politik anrichtet.

Die Schweizerische Nationalbank könnte sich mit Devisenmarktinterventionen dagegenstemmen. Sie liefe dann aber Gefahr, von den USA als Währungsmanipulator mit Sanktionen belegt zu werden. In der Vergangenheit haben Staaten auch Kapitalverkehrskontrollen und Negativzinsen eingeführt, um Kapitalzuflüsse fernzuhalten. Die Trump-Administration könnte jedoch gegen alle diese Instrumente, die eine zu starke Währung verhindern sollen, mit Sanktionen vorgehen.

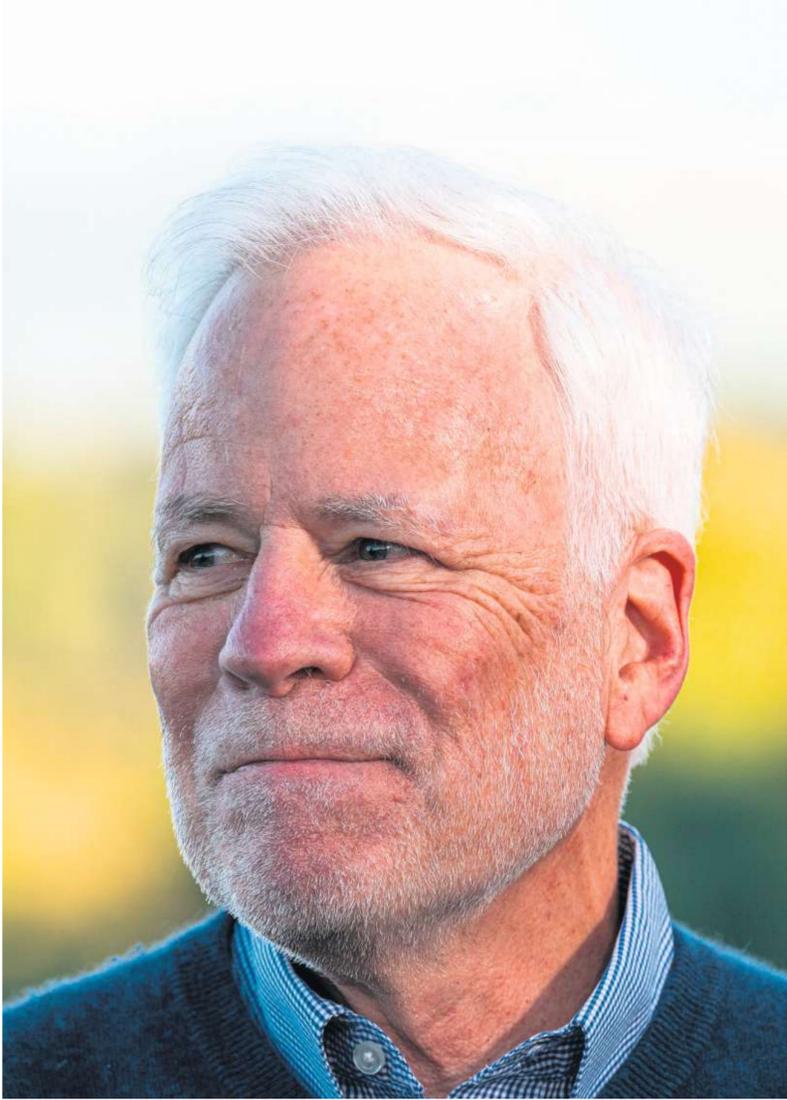
Eigentlich verspricht Trump ja, Amerika wieder ökonomisch gross zu machen. Was ist falsch daran?

Amerikas Grösse im 21. Jahrhundert beruht nicht mehr auf klassischen Industrien wie dem Stahlsektor oder dem Schiffbau, sondern auf Hightech, Forschung und Innovation. An den Finanzmärkten und in der Gesellschaft wächst die Sorge, dass genau diese Grundlagen amerikanischer Exzellenz momentan untergraben werden. Die führenden Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen werden zerschlagen. Und was einmal abgebaut wurde, ist nur schwer wiederherzustellen.

Merken Sie das als Universitätsprofessor? Hier an der University of California, Berkeley – die den Anspruch hat, zu den weltweit führenden öffentlichen Universitäten zu zählen –, würde kürzlich ein Einstellungsstopp verhängt. Grund sind staatliche Ausgabenkürzungen und politische Unsicherheiten. Auch grosse Unternehmen, etwa im Silicon Valley, zögern mit Investitionen, weil unklar ist, wie sich die politische Lage entwickeln wird.

Derzeit fiebern alle dem 2. April entgegen – laut Trump der «Tag der Befreiung», an dem er auch reziproke Zölle ankündigt will. Das würde bedeuten, dass die USA überall dort Zölle anheben, wo sie derzeit weniger verlangen als ihre Handelspartner. Klingt eigentlich fair, oder? Die Idee ist kaum umsetzbar. Sie würde die Erhöhung von zahllosen verschiedenen Zöllen auf zahllosen verschiedenen Produkten in zahllosen verschiedenen Ländern erfordern. Eine Änderung des US-Zollrechts in diesem Ausmass ist kurzfristig unrealistisch. Zudem kündigte Trump bereits Ausnahmen an. Meines Erachtens geht es nicht um reziproke, sondern um willkürliche Zölle. Diese verhängt man gegenüber internationale Organisationen, Zentralbanken und Regierungen rund um die Welt. Der 1979 an der Yale University promovierte Eichengreen ist Träger zahlreicher Auszeichnungen, Research Associate des amerikanischen National Bureau of Economic Research und Research Fellow des europäischen Center for Economic Policy Research.

Stichwort Kanada: Die ersten Zölle Trumps galten ausgerechnet dem Nachbar und langjährigen Alliierten. Welches Signal sendet das aus?



Der Ökonomieprofessor Barry Eichengreen berät den Internationalen Währungsfonds und die US-Notenbank (im Bild bei einem Auftritt an der Jackson-Hole-Konferenz des Fed 2023).

Dass es nicht länger ein Vorteil ist, ein guter Nachbar der USA zu sein – weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch. Zudem wird deutlich, dass die amerikanische Regierung wirtschaftlich völlig rechtslos agiert. Denn Kanada, die USA und Mexiko sind wirtschaftlich eng verflochten, ähnlich eng wie die Länder der EU. Wer hätte je gedacht, dass wir 2025 in einer Welt leben, in der Kanada laut darüber nachdenkt, der EU beizutreten?

Es ist doch nicht nur rücksichtslos, sondern auch entgegen den eigenen Interessen. Bisher trugen Americas Blindnisse auch dazu bei, dass die Alliierten ihr Geld im Dollar anlegten. Das hielt die Zinsen niedrig und ermöglichte den USA, mehr zu investieren, als sie sparten, und mehr zu konsumieren, als sie produzierten. Warum verzichten die USA darauf? Wenn Sie die Frage so stellen, erwarten Sie eine ökonomische Logik hinter dem Handeln der Trump-Regierung – doch genau die fehlt. Es ist Panikmache, wobei der Schreckschuss den eigenen Fuss trifft.

Warum diese fixe Idee, dass Handelsbilanzdefizite schädlich sind? Es ist ein Rückgriff auf eine alte diskreditierte Idee namens Merkantilismus. Sie besagt: Eine positive Handelsbilanz ist gleichbedeutend mit einer starken Wirtschaft – Ende der Geschichte! Doch bekanntlich entspricht die Handelsbilanz – beziehungsweise die Leistungsbilanz – auch der Differenz zwischen Investitionen und Ersparnissen. Wenn Trump etwas tut, was die Investitionen einbrechen lässt, würde dies die Handelsbilanz verbessern. Doch das wäre fatal für die US-Wirtschaft.

Anders als in Trumps erster Präsidentschaft tendiert die amerikanische Börse negativ. Haben die Märkte das Risiko von Trump unterschätzt und jetzt das Vertrauen in ihn verloren? Die Märkte reagierten zunächst positiv auf die Wahl, vor allem wegen der Aussicht auf Steuersenkungen zusammen mit Ausgabenkürzungen zur Eindämmung des Haushaltsdefizits. Sie hielten extreme Ankündigungen bezüglich Zöllen zunächst für Verhandlungstaktik – nicht für echte Politik. Doch dann setzte Trump auf eine «Flood-the-zone»-Strategie: täglich eine Flut neuer, zum Teil chaotischer Massnahmen, die potenziellen Widerstand überrollten. Dieses Chaos mögen die Märkte nicht. Zudem wird immer klarer, dass Trump in Zöllen nicht nur ein Drohmittel sieht, sondern eine Lösung für fast jedes Problem.

Was ist Ihr Ratschlag an Europa, wie soll es in diesem Zollstreit agieren? Lasst euch nicht provozieren, verzichtet auf aggressive Vergeltungsmassnahmen, und haltet Ausschau nach gleichgesinnten Volkswirtschaften, die noch an ein offenes und multilaterales Handlungssystem glauben. Was sinnvoll sein dürfte, sind intelligente und selektive Formen der Vergeltung, die gezielt Trumps Wählern Schmerzen bereiten. Und wichtig ist, dass Europa zusammenhält: Eine gemeinsame Antwort ist besser als die Antwort einzelner Länder.

Das wird nicht einfach. Ich glaube, dass Europa als Leuchtturm des gesunden Menschenverstands agieren kann. Das bedeutet: Bündnisse

schliessen. Putin nicht nachgeben – und auch nicht Trump –, und versuchen, offene Handelsabkommen mit anderen Ländern zu schliessen.

Wie würden Sie Trumps Blick auf Europa beschreiben? Trump hat gesagt, dass niemand die USA mehr abzocke als Europa. Warum er das glaubt, weiss ich nicht. Es zeigt sich aber, dass er jene Länder am wenigsten mag, die am freundlichsten sind zu den USA und mit denen wir historisch gesehen die engsten Beziehungen haben.

Einige Historiker vergleichen unsere Zeit mit den 1930er Jahren, als ebenfalls Protektionismus und ökonomischer Nationalismus um sich griffen. Ist der Vergleich berechtigt? Es gibt eine beunruhigende Parallele: Protektionismus und politische Konflikte gehen Hand in Hand. Das war in den 1930er Jahren so, und wir sehen es auch heute. Die Zölle torpedieren das seit 75 Jahren bestehende transatlantische Bündnis. In den 1930er Jahren kam es zum Zusammenbruch des globalen Währungs- und Finanzsystems. Wenn der derzeitige Vertrauensverlust gegenüber dem Dollar als Weltwährung anhält und es keinen adäquaten Ersatz für den Dollar gibt, droht Ähnliches. Die globale Liquidität, auf der die Handels- und Finanzsysteme basieren, würde versiegen.

Verstehen wir Sie richtig: Es gibt ein realistisches Szenario, das zum Kollaps des globalen Finanzsystems führt? Ich bin vorsichtig im Umgang mit Wörtern wie «realistisch». Aber es gibt eine besorgniserregende Möglichkeit, über die wir nachdenken und mit der wir planen müssen.

Angesichts solcher Gefahren: Gehört die Globalisierung bald der Vergangenheit an? Bis Januar 2025 hätte ich gesagt, dass nur die Hyperglobalisierung vorbei sei. Jene Phase also, in der die internationalen Transaktionen schneller gewachsen sind als die Weltwirtschaft. Heute gibt es aber Anzeichen dafür, dass nicht nur die Hyperglobalisierung, sondern die Globalisierung an und für sich zurückgedrängt wird. Vor allem dann, wenn Trump reziproke Zölle anwendet, der Freihandel in Nordamerika erodiert und die grenzüberschreitenden Finanztransaktionen zurückgehen, weil das Vehikel dafür, der Dollar, immer unpopulärer wird.

Was verliert die USA, sollte der Dollar seinen Status als Leitwährung einbüssen? Ich sehe drei Vorteile der Dominanz des Dollars für die USA: Erstens können die Amerikaner weltweit Geschäfte in ihrer eigenen Währung abwickeln und haben somit kein Wechselkursrisiko. Zweitens kann sich der Staat zu niedrigeren Zinsen verschulden, da es eine stetige Nachfrage nach Dollar durch ausländische Zentralbanken und Regierungen gibt. Drittens fungiert die Währung als eine Art automatische Versicherung. Wenn es in der Welt zu Krisen kommt, flüchten Investoren in den Dollar, da er als sicherer Hafen gilt und der US-Finanzmarkt besonders gross und liquide ist.

Sollte Europa die Gelegenheit nutzen, um die Bedeutung des Euro am internationalen Kapitalmarkt zu stärken? Etwa, indem zur Finanzierung der Ausrüstung gemeinsame Eurobond-Schulden ausgeben werden? Moderate Schritte in diese Richtung hielte ich für konstruktiv. Aber viele europäische Länder sind schon stark verschuldet; nur vier oder fünf – zusammen mit der Schweiz – haben noch AAA-Ratings.

Würde das nicht falsche Anreize schaffen, wenn die weniger verschuldeten Länder ihre geringeren Renditen mit denjenigen der stark verschuldeten poolen würden? Aussergewöhnliche Zeiten verlangen aussergewöhnliche Massnahmen. Die Tatsache, dass sich Europa nicht länger auf die USA als Allianzpartner verlassen kann, zeigt, dass für die Verteidigungsausgaben aussergewöhnliche Zeiten angebrochen sind. Europa braucht jetzt eine gemeinsame Strategie, um seine Rückstände in der Verteidigung schnell auszumeren – dafür kann man auch auf Schulden zurückgreifen. Die laufenden Verteidigungsausgaben müs-

«Die Aufmerksamkeit verschiebt sich weg von China hin zu Kanada und Europa als unmittelbarer wirtschaftlichen Konkurrenten der USA.»

vergangen. China hat mit der Internationalisierung des Yuan hingegen erst vor 10 bis 15 Jahren begonnen. Auch Rom wurde nicht an einem Tag gebaut. China müsste seine Währung konvertibel machen und das Vertrauen in seinen Finanzmarkt stärken. Bis jetzt hat es keine unabhängige Zentralbank.

1971 sagte der damalige US-Finanzminister John Connally: «Der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem.» Stimmt das noch? Connally sagte das, weil der Dollar als Weltwährung den USA eine finanzielle und politische Waffe in die Hand gibt, um Staaten, die den Dollar nutzen und auf ihn angewiesen sind, in die Knie zu zwingen. Die Aussage könnte aber bald lauten: «Der Dollar ist unsere Währung und unser Problem.»

Warum? Weil die USA den Dollar zu oft als Waffe einsetzen? Es geht nicht nur um die Häufigkeit, die tatsächlich zugeommen hat. Wichtiger ist: Bisher wurden Sanktionen in Kooperation mit anderen Ländern umgesetzt, etwa 2022, um Russland den Zugriff auf den Dollar, aber auch den Euro oder das Pfund zu erschweren. Trump jedoch will nicht kooperieren. Das zeigt sich bei Sanktionen gegenüber Iran. Gut möglich, dass andere Länder nicht mitziehen, weil sie fürchten, in Zukunft von ähnlichen Massnahmen betroffen zu sein. Also wenden sie sich vom Dollar als Leitwährung ab.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war das britische Pfund die dominante Währung. Was kann man vom damaligen Wechsel zum Dollar für die heutige Situation lernen?

In Dänemark setzt man bereits auf. Erstens haben damals die beiden Weltkriege die monetäre und finanzielle Stellung Grossbritanniens schwer erschüttert und das Pfund geschwächt. Zweitens schufen die USA eine wirklich unabhängige Zentralbank, die den Dollar internationalisierte und damit einen echten Konkurrenten für das Pfund schuf. Ein Wechsel zwischen führenden Währungen braucht beides. Jetzt erleben wir vielleicht einen grossen negativen Schock, den Trump dem Dollar zufügt. Aber es ist noch nicht klar, ob irgendwo die geldpolitischen Institutionen im Aufbau begriffen sind, die für eine echte Alternative notwendig wären.

Die USA können also ihr Weltwährungsprivileg gar nicht verlieren? Sie können es verlieren, wenn niemand mehr Dollar halten will. Aber das hätte kolossale Kollateralschäden zur Folge. Grenzüberschreitende Zahlungen würden teuer und schwierig. Es wäre das Ende der Globalisierung.

Manche sehen in Kryptowährungen und Stablecoins die Alternative zum Dollar. Ich gehöre nicht dazu. Ich halte Kryptowährungen für zu volatil und als Wertaufbewahrungsmittel für zu wenig vertrauenswürdig. Stablecoins sind entweder instabil, wenn sie nur teilweise mit Sicherheit unterlegt sind, oder dann zu wenig skalierbar. Digitales Zentralbankgeld könnte theoretisch eine Alternative zum Dollar werden, müsste dann aber international interoperabel sein. Das Projekt M-Bridge, das dies ermöglichen soll, wird bis anhin vor allem von der chinesischen Zentralbank betrieben. Aus den gleichen Gründen, aus denen viele Länder ihre Geschäfte nicht in chinesischen Yuan abwickeln wollen, zögern sie auch, sich dem M-Bridge-Projekt anzuschliessen.

Können wir wenigstens darauf hoffen, dass nach vier Jahren Trump die Vernunft wieder steigt, die Zölle zurückgenommen werden und die Globalisierung wieder Oberhand gewinnt? Ich hoffe sehr, dass die USA in Zukunft wieder zu einer ökonomisch vernünftigeren Politik zurückkehren. Es gibt hier viele Menschen und Politiker, die die Vorteile von Freihandel, internationaler Arbeitsteilung und geopolitischer Kooperation sehen und verstehen. Aber ich fürchte, dass gegenwärtig ein Schaden ausgerichtet wird, der nicht so leicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Denn wenn sich die USA einmal für diesen nationalistisch-isolationistischen Kurs entscheiden, wer sagt dann, dass dies in acht Jahren nicht erneut passieren kann? Ich fürchte daher, andere Länder werden sich von den USA abwenden und zunehmend untereinander kooperieren.

Wirtschaft, Seite 23

Tesla ist erst der Anfang

In Europa erwacht eine antiamerikanische Boykottbewegung

MORITZ KAUFMANN

Mit dem Alkohol hat es angefangen. Mittlerweile geht es auch um Orangensaft, Kaffeebohnen und Rosinen. Kanadische Konsumenten boykottieren amerikanische Konsumgüter. Und sie meinen es ernst. In den Supermärkten werden amerikanische Produkte ausgelistet und kanadische mit einem Ahornblatt hervorgehoben. Die App «Maple Scan» hilft Konsumenten bei der patriotischen Mission. Mit ihr lässt sich dank einer Strichcode-Analyse herausfinden, ob eine kanadische Firma hinter einem Gut steht.

Provoziert hat die Canada-first-Bewegung US-Präsident Donald Trump. Er hat mit dem nördlichen Nachbarn, mit dem sein Land wirtschaftlich eigentlich aufs Engste verflochten ist, einen gehässigen Handelskrieg vom Zaun gebrochen: Auf die meisten Einfuhren aus Kanada wird nun ein Zoll von 25 Prozent draufgeschlagen. Schaden anrichten wird das in beiden Ländern. Eine wirtschaftliche Logik ist nicht erkennbar. Auch diesseits des Atlantiks gibt es erste Anzeichen einer antiamerikanischen Boykottbewegung. Schon seit Wochen geistern in den sozialen Netzwerken europäische Alternativen für amerikanische Klassiker wie Heinz-Ketchup und Coca-Cola herum.

In Dänemark setzt man bereits auf. Erstens haben damals die beiden Weltkriege die monetäre und finanzielle Stellung Grossbritanniens schwer erschüttert und das Pfund geschwächt. Zweitens schufen die USA eine wirklich unabhängige Zentralbank, die den Dollar internationalisierte und damit einen echten Konkurrenten für das Pfund schuf. Ein Wechsel zwischen führenden Währungen braucht beides. Jetzt erleben wir vielleicht einen grossen negativen Schock, den Trump dem Dollar zufügt. Aber es ist noch nicht klar, ob irgendwo die geldpolitischen Institutionen im Aufbau begriffen sind, die für eine echte Alternative notwendig wären.

Die USA können also ihr Weltwährungsprivileg gar nicht verlieren? Sie können es verlieren, wenn niemand mehr Dollar halten will. Aber das hätte kolossale Kollateralschäden zur Folge. Grenzüberschreitende Zahlungen würden teuer und schwierig. Es wäre das Ende der Globalisierung.

Chefvollstrecker Elon Musk

Bereits einen grossen Bogen machen die Konsumenten um Tesla, die Automarke von Donald Trumps Chefvollstrecker Elon Musk. Obwohl er kein gewählter Politiker ist, kommt ihm als Chef des neugeschaffenen Department of Government Efficiency eine enorme Macht zu. Der Tesla-Hass ist mancherorts zu einem Volkssport geworden. Vor den Fabriken und Verkaufsstellen in den USA und Europa gibt es Demonstrationen. In London plakatiert eine Gruppe namens «Everyone hates Elon» Litfasssäulen mit Anti-Tesla-Postern zu. Tesla-Fahrer berichten, dass sie im Strassenverkehr mitunter mit dem Hitlergruss provoziert würden.

Da Autoverkaufszahlen gut dokumentiert sind, kann verglichen werden, wie viel weniger Fahrzeuge die Firma verkauft hat. Begleitet wird das vor allem in Europa, aber auch in liberalen amerikanischen Medien mit viel Schadenfreude. Der Fall Tesla weckt auch das Interesse von Forschern und Börsenanalysten. «Der Niedergang von Tesla ist beispiellos», so kommentierte vor kurzem die US-Bank JP Morgan. «Tesla lässt sich enorm leicht boykottieren», sagt Deborah Kalte. Sie arbeitet beim Schweizer Forschungsinstitut Demoscope und hat ihre Doktorarbeit zum Thema politischer Konsum geschrieben.

Denn man könne problemlos auf das Auto verzichten, es gebe Alternativen. Der Boykott dieser Marke sei ein perfektes Beispiel für ein politisch motiviertes Konsumverhalten, sagt Kalte. «In Europa können die Menschen keinen Einfluss auf die US-Politik nehmen, aber so kann man ein Zeichen setzen.» Tesla war bisher vor allem bei städtischen und progressiv denkenden Autofahrern beliebt. Diese zeigten sich durch Musks Vorgehen bestürzt.

Boykotte gegen bestimmte Produkte oder politische Regime sind nichts Neues. NGOs und Aktivisten rufen regelmässig dazu auf, Firmen wie Nestlé oder aber israelische Produkte zu meiden. In der Schweiz haben linke Kreise eine Zeitlang Stimmung gegen Läderach-Schokolade gemacht. Dies, weil der frühere Firmenchef Jürg Läderach eine evangelikale Privatschule unterstützt hatte, wo es zu Kindsmisshandlungen gekommen sein soll. Die Firma hat sich in aller Form von Jürg Läderach distanziert. Dennoch verzeichnete die Firma im Schweizer Markt vorübergehend einen Rückgang des Umsatzes, wie der CEO Johannes Läderach in einem «NZZ am Sonntag»-Interview sagte. Dieser habe sich dann aber relativ schnell wieder erholt.

Ende der Apartheid

Boykotte haben schon grosse Veränderungen angestoßen. So wurde 1959 in Grossbritannien eine Bewegung gegründet, welche wegen des Apartheidregimes zum Verzicht auf südafrikanische Produkte aufrief. Sie fand europaweit Unterstützung. Die Politik folgte mit Sanktionen gegen Südafrika. 1989, also dreissig Jahre nach dem ersten Aufmucken durch Konsumenten, wurde die rassistische Politik schliesslich aufgegeben.

Boykotte können also durchaus etwas erreichen. Meist verpuffen die Aufrufe aber ohne nachhaltigen Schaden – selbst wenn der Ärger eigentlich gross ist. Doch der Fall Tesla ist anders. «Das Problem von Tesla ist, dass die Firma untrennbar mit der Person Elon Musk verknüpft ist», sagt die Politikwissenschaftlerin Deborah Kalte. Sie glaubt, dass die Probleme von Tesla so lange anhalten würden, wie Musk sein Verhalten nicht ändere.

Das Bemerkenswerte an der gegenwärtigen Anti-Amerika-Bewegung ist, dass sich die Menschen nicht etwa zu politischen Grossdemonstrationen zusammenschliessen. Sondern dass sie versuchen, Trump mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Der US-Präsident will mit seinen Zöllen die heimische Produktion stärken. Also soll diese mit einem bewussten Verzicht geschwächt werden. Anders als in Kanada gibt es in Europa bis jetzt keine generellen Amerika-Boykott. So melden etwa Schweizer Reisende, dass das Interesse an Reisen in die USA ungebrochen hoch sei. Aber was ist, wenn die US-Regierung Europa direkt ins Visier nimmt? Werden die Europäer dann auch zusammenfinden wie die Kanadier? Werden sie das iPhone zu gunsten des Samsung-Smartphones aufgeben und die Nike-Sneaker mit solchen von On oder Adidas ersetzen?

Gemeinschaftsgefühl entsteht

Der Wirtschaftspsychologe Christian Fichter, Forschungsleiter der Fachhochschule Kaleda, hält dies für möglich. «Bisher haben sich die Konsumenten relativ pragmatisch verhalten», sagt er, «doch Europa steht durch Donald Trump unter Druck wie schon lange nicht mehr. Das kann sehr schnell zu einem Favorisieren der eigenen Gruppe führen.» Eigentlich sind Konsumenten eine Vielzahl von Einzelpersonen, die wenig miteinander gemein haben. Doch wenn sie alle die gleiche, starke Emotion verspüren, dann entstehe ein Gemeinschaftsgefühl, so Fichter.

Boykottbewegungen würden sich bilden, ohne dass die Leute auf die Strasse gingen. Stattdessen fänden sie über die Medien und die sozialen Netzwerke zusammen. Die US-Regierung lasse sich sehr gut in ein Meme umwandeln, sagt Fichter. «Also einen Inhalt, der im Internet schnelle Verbreitung findet.» Anfällig seien vor allem Produkte, die sichtbar seien, sagt Fichter. Dazu zählen Teslas, mit denen man auf der Strasse herumfährt. Aber nicht unbedingt Gillette-Rasierklingen oder auch Netflix, die man im Privaten nutzt. Nun dürften die kommenden Wochen zeigen, ob Europas Konsumenten nur Musks Tesla-Autos schneiden. Oder ganz Amerika.